

Zurück GESCHRIEBEN

Euro-Krise: Wird nur an den Symptomen herumgedoktert.

Unser Leser Michael Ronge sagt, niemand kann auf Dauer ungestraft über seine Verhältnisse leben.

Michael Heise meint: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist einzig und allein vom politischen Willen abhängig.

Zur Euro-Krise

Wer hätte denn einen Schaden, wenn die Griechen nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden zu bezahlen? Deutsche, französische und andere europäische Banken, die einem Drogenabhängigen immer weiter Stoff verkauft haben, wohl wissend, dass das nicht ewig gut gehen kann.

Im Prinzip unterscheidet sich das Geschäftsgebaren überhaupt nicht von dem amerikanischer Banken vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Sind die Banken die Bösen? Ja. Aber eher im Sinne von Hehlern. Denn wem verkaufen sie denn die griechischen Staatsanleihen mit den fantastisch hohen Zinsen? Uns „braven deutschen Sparern“ (oder auch französischen), die auf eine hohe Rendite aus waren. Also sind die Sparer doch auch mit schuld.

Warum war aber die Rendite im Vergleich zum „Sparbuch“ so hoch? Weil die europäische Zentralbank (wie auch die amerikanische) Geld zum Nulltarif verleiht. Damit muss man nach anderen Wegen suchen, das Kapital zu mehrern (oder zumindest einen Inflationsausgleich zu erhalten). Warum aber verleiht die böse EZB das Geld so günstig? Weil die Staaten wie Deutschland und Frankreich noch viel tiefer in der Kreide stehen als das kleine Griechenland, einzig getoppt von Italien. Und weil die Wirtschaft auf Pump künstlich am Wachsen gehalten werden soll, weil man sich davon Arbeitsplätze verspricht. Deshalb wird politischer Druck auf die EZB von den Nationalregierungen ausgeübt, die Zinsen niedrig zu halten. Bleiben noch die Hedgefonds. Warum können die überhaupt gegen den Euro spekulieren? Richtig, weil alle Staaten bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit Schulden haben. Griechenland ist nur das Menetekel an der Wand, das den baldigen Untergang des gesamten Euro-Raums ankündigt. Niemand kann auf Dauer ungestraft über seine Verhältnisse leben. Daran wird auch eine Finanztransaktionssteuer oder eine stärkere Aufsicht in den Märkten nichts ändern.

Vielleicht wäre es jetzt an der Zeit, den Materialismus an sich zu Grabe zu tragen, indem wir die angehäuften Schulden begleichen, solange aus der griechischen noch keine europäische Tragödie geworden ist.

— Michael Ronge, Berlin-Schöneberg

...

Siehe geehrter Herr Ronge,

Sie haben in Ihrem Brief viele interessante Themen angesprochen. Bei einigen Aussagen teile ich Ihre Meinung, bei anderen nicht.

Die Rettungsaktion der EU im Rahmen der Griechenlandkrise hat hierzulande viel Kritik auf sich gezogen. Wäre eine Insolvenz Griechenlands besser gewesen? Wohl kaum. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands nur einen kleinen Anteil innerhalb des Euro-Raums ausmacht (circa 2,6 Prozent), hätte der Kreis der Betroffenen im Falle einer Staatspleite unter Umständen sehr breit sein können. Die letzten Wochen haben gezeigt, mit welcher Dynamik die Unsicherheit andere Staatsanleihemärkte und sogar Aktien- und Rohstoffmärkte weltweit „angesteckt“ hat. Wir haben zusehen müssen, wie die Staatsanleihen von Spanien und Portugal rasant an Wert verloren haben, obwohl der Schuldenstand Spaniens deutlich unter dem Durchschnitt des Euro-Raums liegt. Ein Fortschreiten der Markungsicherheiten hätte sehr schnell zu einer Kreditkrise, einem Ende der Konjunkturerholung und letztendlich zu einer neuen Rezession mit all ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat führen können. Das Rettungspaket der EU und des IWF waren unter den gegebenen Umständen richtig. Es löst aber natürlich die grundlegenden Probleme nicht, sondern kauft nur Zeit, um Korrekturen in der Finanzpolitik in den betroffenen Ländern herbeizuführen.

In der öffentlichen Diskussion wird häufig auch vergessen, welchen Nutzen die Bundesrepublik von einer einheitlichen Währung gegenüber wichtigen Handelspartnern zieht. Stellen wir uns nur vor, was passieren würde, wenn sich 40 Prozent unserer Exportgüter – dies ist der Anteil, der an Länder des Euro-Raums geht – auf einmal verteuern würden, weil unsere Nachbarn ihre Konkurrenzfähigkeit über eine Abwertung ihrer Währung erhöhen würden. Die billigen Importe aus China wegen des künstlich niedrig gehaltenen Renminbi-Wechselkurses sind dafür das beste Beispiel.

Ich teile vollständig Ihre Sorgen bezüglich der hohen Schuldenstände. Aber auch hier ist die Sache differenziert zu sehen. Deutschland hat zwar einen sehr hohen Schuldenberg, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt er bei 73 Prozent (2009). Er ist aber geringer als in Griechenland (120 Prozent), in den USA (83 Prozent) und in Japan (190 Prozent). Sie weisen zu Recht darauf hin, dass diese Probleme nicht dauerhaft durch niedrige Zinsen gelöst werden können, sondern nur durch eine echte Konsolidierung. Die hohe Schuldenstandsquote sollte jedem Steuerzahler und vor allem der jungen Generation Sorgen machen, aber die Situation ist nicht hoffnungslos.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist einzig und allein vom politischen Willen abhängig. Irland beispielsweise konnte die Bruttoverschuldung von knapp 120 Prozent des BIP im Jahre

1987 auf circa 38 Prozent im Jahre 2000 reduzieren.

Die Krise muss auch als Chance genutzt werden,

um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren, damit Fehlentwicklungen in den Staatshaushalten zukünftig unmöglich werden.

Mit freundlichen Grüßen



— Dr. Michael Heise,
Allianz-Chefvolkswirt